

Freie Wähler Lörrach - Kreistagsfraktion

Ulrich May - Fraktionsvorsitzender Steinbrunnenmatten 20 79589 Binzen

Tel. 07621/688665 Fax 07621/668827 mayuli@t-online.de ulrich.may@loerrach-landkreis.de

Anträge zum Klimaschutz im Landkreis – Konzept gegen den Klimawandel

Wir sehen den Landkreis in der Verantwortung, alles in seinen Kräften und Entscheidungsspielräumen liegende zu tun, um die in Paris 2015 formulierten Klimaziele zu erreichen.

Es besteht dringender Handlungsbedarf. In einem Gastbeitrag für die BZ hat Klaus Leisinger, ehemaliger Präsident der Novartis Stiftung, kritisiert, dass die Deutschen so viele Ressourcen verbrauchen, als gäbe es drei Planeten Erde und sich dabei auf das Global Footprint Network bezogen. Es werden mehr Bäume gefällt als nachwachsen, mehr Fische gefangen als nachwachsen, mehr Kohlendioxid und andere Treibhausgase ausgestoßen, als sie die Natur absorbieren kann. Die Folgen sind unter anderem der Klimawandel. Für den ökologischen Fußabdruck menschlichen Handelns berechnet man das globale Angebot an natürlichen Ressourcen und vergleicht es mit der Nachfrage der Menschen nach ihnen. Der Erdüberlastungstag für die Welt war im Jahr 2019 der 29. Juli, für Deutschland aber schon der 3. Mai. Daher die Aussage mit den drei Planeten.

Fast vorausschauend hat der Kreistag am 24.10.2018, also vor knapp einem Jahr, eine unterstützende Erklärung zum zweiten Klimaschutzpakt 2018/2019 des Landes Baden-Württemberg und für den Landkreis ein <u>Integriertes Energieund Klimaschutzkonzept</u> mit 79 Maßnahmen beschlossen.

Auf diesem können wir aufbauen, aber es muss ergänzt und die Umsetzung der Maßnahmen beschleunigt werden.

Die Zielsetzung muss lauten, den globalen Temperaturanstieg auf unter 1,5° zu begrenzen und dazu notwendige Emissionsminderungen durch einen Beitrag regionaler Maßnahmen zu erreichen.

Antrag:

1. Der Landkreis Lörrach verfolgt das Ziel, bis zum Jahr 2050 eine klimaneutrale Region zu werden.

Dieses Ziel sollte vor allem durch Anreize und erst in zweiter Linie durch restriktive Vorgaben erreicht werden.

Anreize würden entstehen durch die Verbesserung der Nahverkehrsangebote und eine Priorisierung des Mobilitätskonzeptes, wie z. B. eine alternativlose Preisgestaltung beim ÖPNV, schnellerer Radwegebau, (wie die Radschnellverbindung Wiesental), Bau der Regio-S-Bahn auf der Kandertal Strecke und eine Angebotserweiterung auf der Wiesental Strecke.

Anträge:

- 2. Die Verbesserung der Nahverkehrsangebote und die Erarbeitung eines neuen Mobilitätskonzeptes sind mit höchster Priorität zu verfolgen.
- 3. Beim kreiseigenen Fuhrpark wird sukzessive auf E-Mobilität umgestellt.
- 4. Der Landkreis wirkt auf ein dichteres Netz an E-Tankstellen hin, im Zusammenwirken mit Energiedienst.

Rund 5,2 % der Gebäude in Deutschland werden bereits mit Fernwärme geheizt. Der Einsatz unterschiedlicher regenerativer Energien im Landkreis Lörrach muss, bei Berücksichtigung der unterschiedlichen Strukturen, kurzfristig erfolgen.

Dem Antrag der CDU auf Auslotung der Förderung einer (nahezu) flächendeckenden Wärmeplanung schließen wir uns an.

Mit **Photovoltaik** sind wir gut unterwegs. Die Sonne hat ein hohes Potential, sie schickt keine Rechnung, wie unser MP einmal gesagt hat.

Der **Wald** hat eine überragend wichtige Funktion, gerade in unserem Landkreis. Die Hälfte der Fläche unseres Landkreises besteht aus Wald.

Der **European Energy Award** (eea), zeigt uns, wo wir mit unseren Bemühungen stehen. Wir sind auf den "Gold Fahrplan" gespannt.

Der Klimaschutz wird ab sofort zu einer Daueraufgabe. Wir stellen daher den weiterer Antrag:

5. Dem Kreistag ist jährlich vor den Haushaltsplanberatungen über die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen und die insgesamt erzielten Ergebnisse zu berichten.

Folgendes möchten wir noch anmerken: Die in Paris beschlossenen Klimaziele werden kein Selbstläufer, sie gehen einher mit aktuellem Verzicht und durch Veränderung der Lebensgewohnheiten. Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, die Bürger von Anfang an bei den Entscheidungen mitzunehmen.

Die Erreichung der Klimaziele wird auch von den Einzelnen verlangen, dass sie ihre Lebensgewohnheiten zum Teil umstellen müssen. Globale Probleme werden nicht nur durch globale Weichenstellungen gelöst, sondern auch durch das, was die Menschen im Alltag machen. Hier sind in erster Linie die reichsten 10 % der 7,7 Milliarden Menschen gefordert - und dazu gehört auch die Mehrheit der Deutschen. Jeder Einzelne von uns kann jeden Tag auf seine Weise dazu beitragen.

Das Umweltbundesamt fasst zusammen: Energiesparen, das Auto öfter stehen lassen, saisonale Lebensmittel und langlebige Produkte mit Recyclingmaterialien kaufen, Abfälle vermeiden, bei Ferienreisen der Heimat eine größere Chance geben.

Aber die <u>Politik muss vorangehen</u>. Und da war der Klimagipfel in Berlin eher ernüchternd. Die Schritte bei der der CO 2 Steuer sind zu klein. Besonders enttäuschend für mich, dass ein Tempolimit offensichtlich überhaupt kein Thema war.

Das sollte uns nicht entmutigen. Wir plädieren daher dafür, dem <u>Landkreis ein</u> <u>vorbildliches Konzept gegen den Klimawandel zu geben</u>, bei dem sich positiv darstellbare Ziele auch für den Tourismus eingängig formulieren lassen.

Ausrufung des Klimanotstands

Die Stadt Konstanz hat als erste deutsche Stadt Anfang Mai den Klimanotstand ausgerufen. Sie folgte damit offensichtlich dem Votum von Greta Thunberg und "Fridays for Future", die beim Weltwirtschaftsgipfel im Januar in Davos "Panik" als geeignete Wirkung ansahen, um ein Umdenken einzuleiten.

Unsere Fraktion teilt die Notwendigkeit nachhaltigen Handelns zur Verhinderung einer noch stärkeren Klimaerwärmung und wird die erforderlichen Schritte positiv mitgestalten.

Wir warnen aber vor einem inflationären Gebrauch von Begriffen, die ursprünglich in einem anderen politischen und rechtlichen Zusammenhang eingesetzt wurden und deshalb falsche Assoziationen wecken könnten. Denn die in den sechziger Jahren von zahlreichen Demonstrationen begleiteten Diskussionen um die Notstandsgesetze schürten die Angst, dass die Grundrechte in besonderen Fällen eingeschränkt werden könnten.

Der Kreistag muss zum Klimaschutz nachhaltig handeln und mit gutem Beispiel vorangehen, aber nicht durch populistische Entscheidungen und auch nicht mit Schlagwörtern.

Unsere Fraktion wird daher den Antrag auf Ausrufung des Klimanotstandes im Landkreis Lörrach ablehnen.

Wichtiger als irgendwelche Etiketten wird sein, dass wir ohne parteipolitische Brille mit differenzierter Wahrnehmung und entschlossenem Handeln auf die Herausforderungen unserer Zeit reagieren, mit einem vorbildlichen Konzept gegen den Klimawandel.

Lörrach, 09.10.2019

Ulrich May